Daneben als Taktik ein für alle Mal der Ton absoluter Siegesgewißheit, als ob die Einführung des Zukunftsstaates nur noch eine Frage weniger Wochen sei."

Parteibewegung.

— In **Bochum** hat die Polizei Flugblätter, die gegen den nationalliberalen Kandidaten Müllensiefen gerichtet waren, nebst den Druckformen der Märkischen Vereinsdruckerei konfiszirt. Eine Korrespondenz der „Frkf. Ztg." berichtet folgendes Nähere über diese Konfiskation: „Die gegen Müllensiefen gerichteten ultramontanen Flugblätter, um die es sich bei der Beschlagnahme handelte, sind namentlich die mit den Unterschriften „Der Wahrheit die Ehre" und „Das Lied vom Germania-Aufruhrprozeß" versehenen, ersteres in Prosa, das letztere in gebundener Rede nach der Melodie: „Als die Römer frech geworden". Beide Flugblätter, die an giftiger Verleumdung in der denkbar geschäftlichen Form das Menschenmöglichste leisten, wollen den generischen Reichstagskandidaten für die seinerzeit auf Zeche „Germania" eingeführten großen „Hunde", das Nullen der Wagen, die verlängerte Schichthauer und die Arbeitersperre verantwortlich machen, weil sein Bruder damals Direktor von „Germania" und er selbst Gewerke dieser Zeche gewesen sei. Das erste Flugblatt ist unterzeichnet: „Einem, dem die Lügen der nationalliberalen Flugblätter doch endlich zu dick werden", während das „Lied" die Unterschrift trägt: „Ein geschworter und eingeborener Bergmann". Die Melodie „Als die Römer frech geworden" schien deshalb von dem Verfasser gewählt worden zu sein, weil die Nationalliberalen nach dem Siege Dr. Haarmann's über Fusangel unter den Klängen dieser von einer Kapelle gespielten Weise durch das sogenannte „schwarze", d. i. katholische Stadtviertel Wittens zogen, was damals böses Blut machte."

Parlamentarisches.

* Der Präsident des Herrenhauses, Herzog von Ratibor, hat d. d. Rauden, 7. Januar 1891, an die Mitglieder des Herrenhauses nachstehendes Zirkular erlassen: „Zur Beratung und Beschlußfassung über die Herrenhause zugegangenen Gesetzentwürfe, Anträge u. s. w. werden Plenarsitzungen am 20. d. M. und an den folgenden Tagen stattfinden. Die verehrlichen Mitglieder des Herrenhauses werden hierdurch zur Theilnahme an diesen Sitzungen ergebenst eingeladen. Zugleich beehre ich mich, die Herren Vorsitzenden derjenigen Kommissionen, denen Vorlagen überwiesen sind, zu ersuchen, sehr gefälligst dafür Sorge tragen zu wollen, daß der Abschluß der Vorberathungen rechtzeitig erfolge, damit die Drucklegung und Vertheilung der Kommissionsanträge in der von der Geschäftsordnung festgesetzten Frist (§ 2a) möglich werde."

* Wie bereits telegraphisch gemeldet, ist das Mitglied des Herrenhauses, Oberpräsident der Altpeußischen Ritterschaft Ferdinand v. Schubart, genannt Milchling, verstorben. Derselbe war am 28. Februar 1813 zu Carlsbaden geboren; berufen aus besonderem Allerhöchsten Vertrauen durch königlichen Erlaß vom 16. November 1867 auf Lebenszeit, war er in das Herrenhaus am 29. Januar 1868 eingetreten.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, den 8. Januar.

* Die durch die Blätter gegangene Nachricht, Oberlandesgerichts-Präsident v. Holleben in Königsberg beabsichtige seinen Abschied einzureichen, entbehrt, wie der „Hamb. Ztg." von unterrichteter Seite mitgetheilt wird, der Begründung.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

* Die gestern zur Ausgabe gelangte Nr. 1 der „Gesetzsammlung" publizirt eine königliche Verordnung vom 20. Dezember v. J., durch welche das Gesetz vom 8. Mai 1888, betreffend die Erhöhung eines Amtsgerichts in Gnadenfeld, am 1. April 1891 in Kraft gesetzt wird.

* Die anderen Städten ertheilte Erlaubniß zur Einfuhr von lebenden Schweinen aus den Mastanstalten Bleitz-Biala und Steinbruch ist auch auf Hersfeld ausgedehnt worden.

[Eisenbahnen.] Die königliche Eisenbahndirektion zu Frankfurt a. M. ist mit der Anfertigung allgemeiner Vorarbeiten für eine Vollbahn von Hanau nach der Landesgrenze in der Richtung auf Kahl beauftragt worden.

Stade, 7. Januar. Behufs Bekämpfung der Sozialdemokratie hat der landwirthschaftliche Verein für den hiesigen Regierungsbezirk folgenden Beschluß gefaßt:

„Die diesjährige Versammlung der Deputirten der landwirthschaftlichen Vereine des Regierungsbezirks Stade und der Vorstand des Provinzial-Landwirthschaftsvereins Bremervörde erkennen in dem Bestreben der Sozialdemokratie, die Agitation für die sozialdemokratischen Irrlehren — gerichtet auf Zerstörung von Religion, Ehe, Familie, Eigenthum und aller staatlichen Ordnung — vorzugsweise in die Kreise der landwirthschaftlichen Arbeiter zu tragen, eine große Gefahr sowohl für das ganze Staatsleben, als auch für das Bestehen und die gedeihliche Weiterentwickelung des landwirthschaftlichen Gewerbes. Die Versammlung erachtet es deshalb als dringendste Pflicht, im Interesse der landwirthschaftlichen Arbeitgeber und Arbeiter mit allen Kräften und mit Ausdauer dieser Gefahr entgegen zu wirken. Wenn in den Statuten der landwirthschaftlichen Vereine als deren Vereinszweck die Hebung und Förderung der landwirthschaft aufgestellt ist und alle Mitglieder durch ihren Beitritt verpflichtet sind, zur Erreichung dieses Zieles mitzuhelfen, so erachten wir auch alle Mitglieder für verpflichtet, den Vereinsvorstand in den Bestrebungen zu unterstützen, welche auf die Hebung des Wohles der landwirthschaftlichen Bevölkerung und auf die Bekämpfung der sozialdemokratischen Irrlehren gerichtet sind. Die Versammlung beschließt daher, eine eigene Kommission aus dem engeren Vereinsvorstande und je einem oder mehreren Vertretern der landwirthschaftlichen Vereine zu bilden, und erwartet, daß die landwirthschaftlichen Vereine zu Vertretern Mitglieder erwählen, welche ein reges Interesse und ein warmes Herz für diese, für das ganze Wollswohl so hochwichtige Frage haben. Der Kommission wird es übertragen, zweckmäßige Maßnahmen zu berathen und vorzuschlagen; insbesondere wird ihr anheim gegeben, eine eigene Abtheilung und Organisation zur Erreichung ihrer Zwecke zu bilden; geben wir uns doch der bestimmten Hoffnung hin, daß auch ein großer Theil der außerhalb des rein landwirthschaftlichen Gewerbes stehenden Bewohner unseres Bezirks unsere Bestrebungen fördern werden und bereitwilligst bei in Aussicht gestellten Organisation beitreten. Zugleich empfiehlt die Versammlung den Lokalvereinen, auf das Eindringen sozialdemokratischer Agitation sorgfältig zu achten, derselben durch Belehrung entgegen zu treten, zu dem Zwecke auch gute Lektüre zu verbreiten und vor Allem die von uns angeregte Frage in Vereins- und landwirthschaftlichen Abendversammlungen zur Verhandlung zu bringen."

München, 6. Januar. Unter dem Vorsitze des Justizministers Frhrn. v. Leonrod finden, der „Allg. Ztg." zufolge, seit einigen Wochen Berathungen höherer Justizbeamten über den Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs statt.

Karlsruhe, 6. Januar. Der Großherzog und die Großherzogin haben, wie der „Allg. Ztg." mitgetheilt wird, das Haus in Freiburg käuflich an sich gebracht, in welchem der auf dortiger Hochschule studirende: Prinz Ludwig Wilhelm vom Tode ereilt wurde. Das Sterbehaus soll zu einer Diakonissenanstalt unter besonderem Schutz der Großherzogin eingerichtet werden. Dem Prinzen zu Ehren sind in Karlsruhe und in Baden-Baden bereits Wohlthätigkeitsanstalten errichtet worden.

Ausland.

Frankreich.

Aus Paris unter dem 5. Januar wird uns geschrieben:

Kaum ist Jules Ferry wieder in den Vordergrund des politischen Lebens getreten, beginnt auch bereits das Hetzen gegen diesen Staatsmann, wozu selbstverständlich die ihm angeblichten Sympathien für Deutschland als entsprechende Folie dienen müssen. So verlangt Laurent in seinem Blatte „Jour" kategorisch Rechenschaft darüber, ob Ferry die ihm vom „Matin" fürstlich zugeschriebenen Aeußerungen über ein französisch-deutsches Bündniß wirklich gethan habe oder nicht. Der beziügliche Bericht des „Matin" hatte vom Dienstag, der Fury nach dem Sturze Jules Ferry's, welcher sich damals in Straßburg aufhielt und von einem Mitarbeiter jenes Blattes interviewen ließ. Was der „Matin" gegenwärtig veröffentlichte, ist nur eine Ergänzung des damaligen Berichtes, aus welchem die betreffenden Aeußerungen Ferry's als inopportun gestrichen waren. Diese Ergänzung lautet: „Ja, man hat mich beschuldigt, eine Politik zu befolgen, welche die Billigung Deutschlands habe. Nun, und wenn auch? Wäre nach Allem die Allianz mit Deutschland eine so schlechte Sache, wenn wir nicht in Frankreich so viele Verrückte hätten, die unfähig sind, die Politik zu begreifen? Glauben Sie, daß Frankreich jemals eine stärkere Heeresmacht haben wird, als diejenige ist, die wir hier konstatiren können? Und ist diese Macht nicht verdoppelt durch die deutschen Allianzen? Die Politik der Wiedervergeltung und der Rache ist die Politik der Narren. Die Politik der Beständigung und der Geschäfte ist die Politik der Vernünftigen. Wenn unsere Chauvinisten Dummheiten machen, muß dann nicht unsere Regierung, wer auch am Ruder sein mag, für sie bei Herrn v. Bismarck um Entschuldigung bitten? Das ist noch kürzlich geschehen. Ich wenn man diese Niederlage zu tragen weiß und anderswo Kompensation für seine Eigenliebe poch?"

Der erste, welcher von den Volksrepräsentanten Abscheu für immer nehmen mußte, war der Vizepräsident des Senats, Herr Peyrat, welcher am 2. Januar im Alter von 78 Jahren hier gestorben ist. Zu Toulouse Anno 12 geboren, kam er 1833 nach Absolvirung seiner Rechtsstudien nach Paris und trat hier bei der „Tribune" als Mitarbeiter ein. Später betheiligte er sich als Redakteur am „National", der „Presse" und dem „Siècle" 1871 im Gemeindedepartement in die Nationalversammlung gewählt, gehörte er zu jenen Mitgliedern der äußersten Linken, die in Bordeaux gegen die Friedenspräliminarien stimmten. Ebenfalls im Departement der Seine am 30. Januar 1876 in den Senat gewählt, schloß er sich hier gleichfalls der äußersten Linken an.

Obgleich General Boulanger mehr oder weniger zu den abgethanen Größen gehört, kommt man doch noch manchmal auf ihn zu sprechen, wenn es sich darum handelt, seinen Anhängern eine Schlappe beizubringen. So wandte sich erst kürzlich der „Clairon" an den Gutsbesitzer von Jersey mit der Bitte, ihm genau mitzutheilen, ob er wirklich seinem Freunde Déroulède die Führerschaft der zerstreuten Truppen des Boulangismus übertragen habe, und unter welchen Bedingungen. Boulanger, zu dessen Zeitvertreib jetzt das Briefschreiben zu gehören scheint, wartet dem „Clairon" mit einer ausführlichen Antwort auf, welche Déroulède schwerlich Freude machen wird; denn er hatte sich schon gerüstet, um für Boulanger gegen die ganze Welt Krieg zu führen. Hr. Boulanger erklärt also, es bleibe dabei, er wolle, wie er schon Zeitlang bedeutete, keinen Vertreter und keinen Vermittler mehr. Dann holt er abermals zu einem politischen Glaubensbekenntniß aus, das von seiner unverbesserlichen Selbstüberschätzung den besten Beweis liefert; den ehemaligen Präsidenten der Patriotenliga Déroulède, welcher ihm zu neuer Macht und zu neuem Glanze verhelfen wollte, nennt er mit keiner Silbe.

Wahrscheinlich um den Journalisten La Bruyère aus der Haft zu befreien, fühlt man in den hiesigen Blättern das Bedürfniß, glauben zu machen, er hätte den Mörder des Generals Seliverstow gar nicht retten können, weil Padlewski Paris längst vorher verlassen hätte. Als neueste Version veröffentlichen nun die Journale einen ganzen Roman, wonach Padlewski sich nach Odessa begeben, dort mehrere Tage verbracht und sich dann am 23. Dezember auf einem englischen Schiffe nach Liverpool eingeschifft hätte. Das Schiff war bereits unterhalb des Hafens, als die Polizei merkte, daß ihre Beute entwischt sei. Sofort wurde an die russische Botschaft in Pera telegraphirt, wo sich schon seit einigen Tagen russische Geheimpolizisten befanden, um Jagd auf Nihilisten zu machen. Als das englische Schiff in Kavak am nördlichen Bosporus anlegte, ob es sich von türkischen Booten mit russischen und türkischen Polizisten umringt. Padlewski zahlte, als er dies sah, den Fahrpreis bis Liverpool nach, indem er dem Kapitain erklärte, er habe keine Absicht, in Konstantinopel auszusteigen, aufzugehen. Der Kapitain erklärte den Sbirren, er habe keinen Passagier an Bord. Dieselben riefen: „Aber wir haben Depeschen!" „Was gehen mich Ihre Depeschen an? Alle meine Passagiere fahren nach Liverpool. Und jetzt machen Sie mir das Vergnügen, schleunigst mein Schiff zu verlassen." Die Türken und Russen mußten diesem Befehl folgen. Man hätte das Schiff in den Bosporus nicht enthalten können. Dazu bedurfte es aber der Erlaubniß des englischen Botschafters William White. Dieselbe war zwar nachgesucht, aber rund abgeschlagen worden. Dies Alles trug sich am Mittwoch Morgen zu. Jetzt schwimmt Padlewski den gastlichen Gestaden des freien Englands entgegen.

Das französisch-deutsche Uebereinkommen hat dem „Siècle" zufolge auf der Insel Madagascar einen tiefen Eindruck gemacht; auch soll, diesem Blatte nach, die Hovas-Regierung über die Anerkennung des französischen Protektorats von Seite Deutschlands nicht minder überrascht gewesen sein. Gern oder ungern hätte die Regierung der Königin sich nach jenem Uebereinkommen, welches dem englisch-französischen auf dem Fuße folgte, überzeugen müssen, daß Europa mit Frankreich ist, und daß sie sich der vollendeten Thatsache unterwerfen muß. Das große nationale Fest des Volkes der Königin", von dem man fürchtete, es könnte durch Kundgebungen der madagassischen Chauvinisten gestört werden, verlief denn auch ganz ruhig und ohne irgend welchen Zwischenfall. Das „Bad der Königin" beschränkt sich jetzt darauf, daß die hohe Dame hinter einem Vorhang ihre Gemächer wechselt und beim Betreten ihr Anwesenden bespritzt, nicht mehr mit dem Wasser des Bades, sondern ganz einfach mit einem Riechwasser, welches, wie der Berichterstatter der „Débats", ein Diplomat, versichert, dermaßen an das Fabrikat von Johann Maria Farina erinnert, daß über seinen Ursprung kein Zweifel walten kann. Es schwinden die schönsten patriarchalischen Sitten.

Japan.*)

In dem von dem Verfasser vor einiger Zeit veröffentlichten Werk über China ist der Literatur über das große ostasiatische Reich ein sehr werthvoller Beitrag zugewachsen, welcher für das Studium Chinas, namentlich was dessen wirthschaftliche und Verkehrsverhältnisse betrifft, als eine der gediegensten und besten Quellen der Belehrung angesehen werden darf.

Von demselben Autor liegt jetzt ein gleichartiges Buch über Japan vor, in welchem derselbe auf Grund einer noch mehrjährigen Aufenthalt im Lande gewonnenen Kenntniß ein anschauliches Bild dieses Inselreiches, namentlich seinen kommerziellen und handelspolitischen Zuständen nach, entwirft.

Die Unterlage, auf welcher dasselbe ruht, bilden die an Ort und Stelle gemachten Aufzeichnungen, vertieft durch kritische Benutzung der vorhandenen zuverlässigen Literatur und der neuesten zum Theil amtlichen statistischen Berichte aus Japan.

Es ist nicht sowohl die große Fülle an Stoff, die der Verfasser vor dem Leser ausbreitet, sondern auch die lichtvolle, übersichtliche Gliederung desselben, welche die Lektüre sehr anregend und belehrend macht und den Leser in die verschiedenen Zweige des Staatswesens und des Erwerbslebens, sowie der in historischer, geographischer, ethnographischer und kulturgeschichtlicher Beziehung bemerkenswerthen und wenig bekannten Dinge einführt. Fast jedem Zweige Plätze Japans ist ein Kapitel gewidmet, und in diesem wird von der Zinne eines objektiven parteilosen Standpunktes herab ein Augenblickbild entrollt, das nach Anlage und Kolorit eine Art Wandelpanorama des Natur-, Völker- und Kulturlebens des japanischen Volkes darstellt.

Alle diese Werke werden dem Leser die Städte Kobe, Hiogo-Osaka, Yokohama, die Tempelstadt Mikko und die Hauptstadt Tokio als fest geschlossene Gruppen vorführt, welche das Charakteristische jedes dieser Plätze und die Stellung, die sie im Lande wie dem Ausland gegenüber einnehmen, schildern. Ein besonderer Abschnitt ist dem alten Naturvolk der Ainos, welches als die Ureinwohner des japanischen Inselreiches zu betrachten ist, gewidmet, und an Schluß giebt der Verfasser noch statistische Zusammenstellungen über Areal, Bevölkerung, Feldbau, Außenhandel, Schiffsverkehr und Finanzen, sowie über die japanische Verfassung und die neuen Verträge Japans mit den fremden Staaten.

Angesichts der in neuerer Zeit vermehrten Beziehungen zwischen Deutschland und Japan und der Nutzung des letzteren, seine Hof-, Staats- und Verwaltungseinrichtungen, seine Verkehrs- und Bildungsinstitute, sein politisches, parlamentarisches und gesellschaftliches Leben dem deutschen Muster nachzubilden, gewinnt der vorliegende Band eine über den Rahmen eines Reisewerkes hinausgehende Bedeutung und wird zu einem Leitfaden für alle Diejenigen, welche als Kaufleute, Beamte, Gelehrte, Militairs, Techniker 2c. mit Japan in irgend welche Berührung treten, bezüglich von der Heimath aus mit demselben geschäftliche oder amtliche Verbindungen pflegen. Hat der Autor auch ganz in derselben Weise, wie in seinem Werk über China, in erster Linie immer die kommerziellen und gewerblichen Interessen, sowie die kaufmännischen und industriellen Fragen bei seinen Schilderungen im Auge behalten, so ist er, wie schon angedeutet, anderseits doch bestissen gewesen, auch dem Pulschlag des nationalen Lebens seine Betrachtung zuzuwenden und sowohl von den Sitten und Gebräuchen, wie von der Lebensweise, von dem geistigen und religiösen Leben der Japaner, von den geschichtlichen Reminiszenzen, die sich an ihre Vergangenheit knüpfen, sowie von der historischen Entwickelung ihrer staatlichen Einrichtungen farbenstarke Schilderungen zu entwerfen.

Von ganz besonderem aktuellen Interesse ist das, was Direktor Exner über die Begründung der konstitutionellen Institutionen in Japan sagt.

Aus seinem, auf alt-feudale Einrichtungen begründeten Staatswesen trat Japan im Jahre 1871 heraus. Von der Zentralregierung in Tokio abhängige Präfekten übernahmen die Verwaltung des Landes nach französischem Muster, aber schon im Jahre 1875 geschah durch Errichtung des noch heut bestehenden Senates mit beratender Stimme und einer konsultativen Präfektenversammlung der erste Schritt zu einer Dezentralisation. Im Jahre 1881 stellte der Kaiser Mutsu Hito, welcher der Entwickelung der japanischen Staatseinrichtungen nach europäischem Muster ein lebhaftes Interesse entgegenbrachte, den Erlaß einer Verfassung im liberalen Sinn für das Ende des laufenden Jahrzehnts in Aussicht, ein Vorgang, der in ganz Europa und Amerika Aufsehen erregte. Mit dem Auftrage, die Verfassung der größeren europäischen Staaten zu studiren, wurde der Minister Graf Ito abgesandt. Als das Ergebniß seiner Studien darf die Einführung der im Jahre 1885 in das Leben getretenen Reformen des inneren Staatswesens gelten, die in der Begründung selbstständiger Ressortministerien gipfelten.

In den nächsten fünf Jahren folgten andere, dem Geist der Zeit entsprechende Umgestaltungen und Neuerungen. Das Heerwesen wurde einer Reorganisation unterzogen, die Polizei anders organisirt, die Stellung von Staatsprüfungen ward obligatorisch, endlich schritt man zum Erlaß einer Gemeindeordnung, eines Handelsgesetzbuches, einer Zivilprozeßordnung, eines bürgerlichen Gesetzbuches und einer Provinzialordnung. Früher schon, als sie in Aussicht gestellt war, d. h. im Jahr 1889 fand die Verkündigung der Kaiserrechts statt. — Diese letztere, welche als das Werk des Grafen Ito gilt und an welcher auch deutsche Politiker durch Mitarbeit Antheil haben, ist im wesentlichen den Verfassungen von Preußen, Bayern und Oesterreich nachgebildet, aber auch andere Staaten haben Material zu ihrem Bau geliefert. Sie besteht aus 76 Artikeln und ist auf eine durchaus konservative Basis gestellt.

Dem Kaiser ist der Schwerpunkt und die Machtfülle der Regierungsgewalt in vollem Umfange in Händen gelassen. In der gesetzgebenden Gewalt ist er durch das Parlament beschränkt, dessen Zustimmung zu neuen gesetzen entbehren darf, wenn es sich um eine öffentliche Gefahr handelt. Die außerordentlich stark ausgestattete souveraine Gewalt des Herrschers entspricht dem alten orientalischen Grundsatz, daß der Name des Monarchen überhaupt nicht genannt werden darf. Im Lichte europäischer Auffassung erscheint es daher eine Ueberhaupt, unnatürliche Auffassung, welche den realen Verhältnissen nicht entspricht, und deshalb beim ersten Kaiser kaum zu erhalten sein wird. Das Parlament besteht aus zwei gleichberechtigten Häusern und bildet ein Ganzes. Es nimmt an der Gesetzgebung Antheil, übt aber keine Kontrolle aus. Außer der Mitwirkung an der Gesetzgebung übt es auch Kontrolle über die Staatsverwaltung und hat das Petitionsrecht, das Recht, dem Kaiser Vorstellungen zu machen, das Recht, an die Regierung Anfragen zu stellen, und das Recht der Finanzkontrolle.

Dem Oberhause gehören gewählte Vertreter aus dem Fürsten-, Grafen- und Freiherrnstande, ferner Personen, die das besondere Vertrauen des Kaisers besitzen und eine Anzahl gewählter Vertreter aus den Höchstbesteuerten der drei städtischen und der 42 ländlichen Bezirke an. Das Abgeordnetenhaus zählt 300 Deputirte, die vom Volk erwählt werden. Das aktive Wahlrecht ist jedem unbescholtenen Japaner verliehen, der, mindestens 25 Jahre alt, wenigstens 100 ₰ jährliche direkte Steuern zahlt. Ausgeschlossen von der Wahl zum Abgeordneten sind die Beamten, Priester, Offiziere und die Häupter der Adelsfamilien.

Der Einführung der Verfassung in Japan folgte alsbald die Revision der Verträge mit den fremden Staaten; der erste Vertrag, den Preußen mit Japan abschloß, kam bei Gelegenheit der ostasiatischen Expedition im Jahre 1861 zu Stande; derselbe ist dann später auf ganz Deutschland ausgedehnt worden. Die Freundschaft, seit jener Zeit bestehenden Beziehungen zu Japan, beruhen vornehmlich darauf, daß Preußen es verstand, sich schnell das Vertrauen und die Sympathieen der Japaner zu erwerben. Mit vieler Rücksicht die berechtigten Interessen des Landes schonend und demselben weder durch Projekte, welche die Hoheitsrechte desselben tangirten, noch sonst durch lästige Einmischungen und Desiderien zu nahe tretend, hat Deutschland dann im Laufe der Zeit seinen Einfluß mehr und mehr in Japan befestigt. Diese guten Beziehungen, welche sich namentlich darin kennzeichnen, daß von Seiten des letzteren deutscher Rath und deutsche Unterstützung nach den verschiedensten Seiten in Anspruch genommen worden ist, sind ganz besonders deutlich in den Vertragsverhandlungen der späteren Jahre zum Ausdruck gelangt.

*) Eingen von Land und Leuten, mit besonderer Berücksichtigung kommerzieller Verhältnisse, von A. H. Exner, Direktor der Bank zu Leipzig. Leipzig, 1891. Weigel's Nachfolger.

Marine und Schifffahrt.

* S. M. Kanonenboot „Wolf", Kommandant Kapitainlieutenant Hellhoff, ist am 6. Januar d. J. in Hiogo eingetroffen und beabsichtigt am 20. desselben Monats nach Nagasaki in See zu gehen.

* Der Bestand der deutschen Kauffahrteiflotte an registrirten Fahrzeugen, mit Brutto-raumgehalt von mehr als 50 Kubikmeter, belief sich am 1. Januar 1890 auf 3594 Schiffe mit einem Nettoraumgehalt von 1 320 721 Reg.-Tons; am 1. Januar 1885 dagegen waren 4257 Schiffe mit 1 294 288 Reg.-Tons vorhanden. Unterschieden nach den beiden Hauptschiffsgattungen zerlegte sich der Bestand des erstgenannten Termins in 2779 Segelschiffe mit 702 810 Reg.-Tons und 815 Dampfschiffe mit 617 911 Reg.-Tons, am letztgenannten Termine in 3607 Segelschiffe mit 880 345 Reg.-Tons und 650 Dampfschiffe mit 413 943 Reg.-Tons, woraus eine wesentliche Abnahme des Segelschiffsbestandes und eine beträchtliche Zunahme des Dampfschiffsbestandes sich ergiebt. Zu Anfang dieser fünfjährigen Periode waren von den vorhandenen Schiffen 84,7 pCt. Segel- und 15,3 pCt. Dampfschiffe, und kamen von 100 Reg.-Tons Nettoraumgehalt auf Segler 68,0 und auf Dampfer 32,0 Reg.-Tons, wogegen am Ende derselben die Zahl der Segelschiffe zu der der Dampfschiffe wie 77,3 : 22,7, und der Tonnengehalt der ersteren zu demjenigen der letzteren wie 63,2 : 46,8 sich verhielt. Die Abnahme des Seglerbestandes betrifft lediglich die Größenklassen unter 1200 Reg.-Tons, deren Zahl von 3517 auf 2 [illegible] oder um 24,7 pCt. zurückging, dagegen die Zahl der Segelschiffe von mehr als 1200 Reg.-Tons Nettoraumgehalt von 90 auf 132 oder um 46,6 pCt. stieg. Bei den Dampfschiffen zeigt sich eine Zunahme der Schiffsahl durch fast alle Größenklassen hindurch, doch haben auch bei dieser Schiffsgattung die oberen Größenklassen in stärkerem Verhältniß zugenommen als die unteren. Denn es ist die Zahl der Dampfer mit einem Nettoraumgehalt von weniger als 200 Reg.-Tons im Laufe der fünf Jahre nur von 206 auf 227 oder um 10,2 pCt., dagegen derjenigen mit einem Nettoraumgehalt von 200 bis 500 Reg.-Tons von 127 auf 146 oder um 17,3 der mit 500 bis 1200 Reg.-Tons Nettoraumgehalt von 200 auf 242 oder um 21,0 pCt., und der mit 1200 und mehr Reg.-Tons Raumgehalt von 117 auf 197 oder um 68,4 pCt. gestiegen. Unter der Gesammtzahl der Segelschiffe befanden sich 9 = 0,3 pCt. viermastige, 745 = 26,8 pCt. dreimastige (Vollschiffe, Barken, Schoonerbarken und dreimastige Schooner), 1364 = 49,1 pCt. zweimastige (Briggen, Schoonerbriggen und Brigantinen, Schooner, Schoonergalioten, Galeassen und Galioten, Gaffelschooner und Schmacken u. s. w.) und 661 = 23,8 pCt. einmastige Schiffe. Von den am 1. Januar 1890 vorhandenen Dampfern waren 46 = 5,6 pCt. Rad- und 769 = 94,4 pCt. Schraubendampfer.

Provinzial-Zeitung.

Pillkallen, 5. Januar. Vorgestern starb nach einem vielbewegten Leben der älteste Insasse unseres Kreises, der Hirt Anton v. Waselowski, in einem Alter von 105 Jahren. Derselbe, einst ein reichbegüterter polnischer Edelmann und Besitzer, führer, hatte, nachdem er sich durch die Flucht aus seinem Vaterlande gerettet, hier ein Unterkommen gefunden und schließlich, der Armuth und dem bitteren Elend preisgegeben, in der Stellung als Hirte seinen Lebenslauf beschließen müssen.

§§ **Vom Harz,** 6. Januar. Die letzte Nacht brachte ganz enorme Schneewehen über das ganze Harzgebiet und damit Schneeablagerungen in einer Mächtigkeit, wie man sie so plötzlich kaum je erlebt. Zu Tausenden bäufte der Wirbelsturm die losen Flocken und weißlin sperren oft die Schneeschanzen mehrere Meter hoch die Straßen und die Hausausgänge. Zwar gelang es heute noch unter fortgesetztem Schneesturm die Posten zu besorden (natürlich nur in leichten Hundeschlitten), aber wie diese tollen Wirbel nach über Nacht bestehen, dann wird morgen kein Lebewesen mehr über die Höhen des Gebirges zu bringen sein.

Duderstadt, 7. Januar. In unserem Nachbardorfe Desingerode haben vier Personen durch Vergiftung den Tod gefunden: der Tischler Jonas Becker, dessen Frau und zwei Kinder. Die Gestorbenen hatten, wie die „Magdeb. Z." berichtet, Sonnabend Abend noch einen Schlachtfest gefeiert und, da sich Sonntag Vormittag Niemand von der Familie sehen ließ, drang man in die Wohnung und fand die Mutter und zwei Kinder (im Alter von 15 und 16 Jahren) todt, den Vater bewußtlos mit dem Tode ringend in den Betten liegend vor, während Sonntag Nachmittag noch munter war. Die Ursache sich ist noch nicht aufgeklärt. Es verlautet, ein gegen Husten genommenes Medikament habe das Unglück herbeigeführt. Für eine absichtliche Vergiftung liegen keinerlei Verdachtsgründe vor.

□ **Düsseldorf,** 6. Januar. Seitens des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" sind zu Ostern 1891 wiederum zwei Stipendien frei für Lernende jüngerer oder kaufmännischer Kreise, welche das Seminar für orientalische Sprachen in Berlin besuchen wollen. Das eine Stipendium beziffert sich auf jährlich 1500 ℳ, das andere auf 600 ℳ, zu welch letzterem ein ebenso großer Betrag aus anderweitigen Fonds kommen kann. Die Bewerber müssen ihre technischen Studien bezw. ihre kaufmännische Lehre beendet haben, gute Zeugnisse besitzen und Reichsländer oder Westfalen von Geburt sein. Meldungen sind an den Generalsekretair des Vereins, Herrn Dr. Beumer in Düsseldorf, zu richten.

Mannigfaltiges.

Von deutschen Hochschulen. Professor Dr. Lamprecht in Marburg hat eine Berufung an die Universität Leipzig erhalten und dem Vernehmen nach auch angenommen.

Währ nd des Druck eingetroffene Depeschen.

Danzig, Mittwoch 7. Januar. Nach weiter eingegangenen Nachrichten ist das bei Dyhoest gestrandete Schiff, dessen Mannschaft durch das Rettungsboot von Neufahrwasser gerettet wurde, die Strafsunder Brigg „Louis", nicht die Greifswalder Brigg „Elisabeth".

Hannover, Mittwoch 7. Januar. Der Provinziallandtag genehmigte die Vereinigung der Vororte List, Hainholz, Wahrenwald und Herrenhausen mit der Stadt Hannover. Die jetzige Einwohnerzahl Hannovers, welche 163 000 beträgt, erhält durch diese Vereinigung einen Zuwachs von etwa 10 200 Seelen.

Aachen, Mittwoch 7. Januar. Die Postdampfer nach Gedser fahren wieder regelmäßig. Für den Lokalverkehr sind nur die Bahnstrecken nach Güstrow und Bützow frei.

Braunschweig, Mittwoch 7. Januar. Laut amtlichen Anzeigen werden seit 9. Dezember im hiesigen herzoglichen Krankenhause 27 Kranke mit Koch'scher Lymphe behandelt. Bei drei Kranken wurde von der Weiterbehandlung Abstand genommen wegen zu weit vorgeschrittener Erkrankung. Bei 14 Kranken zeigte sich eine Gewichtszunahme von 5—6 Pfd. innerhalb weniger Wochen, wozu indeß auch die gute Kost des Krankenhauses beigetragen haben mag. Durchweg traten die bekannten Reaktionserscheinungen ein. Bei einzelnen Kranken zeigte sich entschiedene Besserung, Abnahme der Lungenaffektionen, reinere Athmungsgeräusch 2c. Um mehr Kranke aufnehmen zu können, wird der Bau zweier Baracken für Lungenkranke beim Krankenhause geplant.

Metz, Mittwoch 7. Januar. Heute Abend 7 Uhr brach in den Kellerräumen der Kaiser Wilhelm-Kaserne eine Feuersbrunst aus, welche anfänglich größere Ausdehnung anzunehmen drohte, durch das energische Einschreiten des Militairs und der städtischen Feuerwehr aber bald gelöscht wurde. Der angerichtete Schaden ist nicht erheblich.

Wien, Mittwoch 7. Januar. Der Generalrath der österreichisch-ungarischen Bank wird, wie die „Presse" meldet, morgen den Zinsfuß um 1 pCt. herabsetzen.

Paris, Mittwoch 7. Januar. Der Präsident Carnot und der Ministerpräsident Freycinet ließen anläßlich des Todes des Herzogs Nicolaus von Leuchtenberg bei dem Prinzen Eugen von Leuchtenberg, dem Bruder des verstorbenen Herzogs, zum Zeichen der Theilnahme ihre Namen einschreiben. Präsident Carnot sandte außerdem in seinem Namen und im Namen der französischen Regierung ein Beileidstelegramm an den Kaiser von Rußland.

Paris, Mittwoch 7. Januar. Der morgen stattfindenden ersten Sitzung der Rio-Mouny-Kommission werden der Minister des Aeußern Ribot und der spanische Botschafter Herzog von Manda beiwohnen.

Boulogne sur Mer, Mittwoch 7. Januar. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, ist die Konferenz zwischen Parnell und O'Brien heute zum Abschluß gekommen. Beide Parteien beschlossen, die Verhandlungen als durchaus vertraulich zu betrachten. Man nimmt an, daß der Ausgang der Zusammenkunft bei den Theilnehmern die Hoffnung bestehen läßt, daß es zu einer friedlichen Regelung der Meinungsverschiedenheiten kommen werde. O'Brien, der noch einige Tage in Boulogne bleiben wird, hat sich mit Justin Mc. Carthy in Verbindung gesetzt. Parnell und seine Begleiter sind nach London zurückgekehrt.

London, Mittwoch 7. Januar. In der Bank flossen 11 000 Pfd. Sterl.

Brüssel, Mittwoch 7. Januar. Das Zentralbureau des Verbandes der konservativen Vereine richtete an alle konservativen Vereine des Verbandes ein Rundschreiben, in welchem dieselben aufgefordert werden, sich über die Opportunität einer Revision der Verfassung zu äußern. Im Falle sich die Vereine für die Revision äußerten, verlangt das Rundschreiben eine Angabe, mit welchen praktischen Mitteln diese Reform zu erreichen sei und durch welche Bestimmungen die aufzuhebenden Verfassungsartikel zu ersetzen sein würden.

Kopenhagen, Mittwoch 7. Januar. Das Postdampfschiff von Warnemünde ist heute Nachmittag von Gedser angekommen und geht morgen programmmäßig nach Warnemünde zurück. — Sämmtliche dänischen Staatsbahnen auf Seeland und Fünen, sowie in Jütland sind nunmehr wieder fahrbar. Die Leuchtschiffe „Läsö", „Trindet" und „Stagens Riff" sind eingezogen.

Rom, Mittwoch 7. Januar. Das Makonen, der Führer der im Jahre 1889 vom Könige von Schoah hierher entsandten Mission hat an den König und die Königin, sowie an den Ministerpräsidenten Crispi Schreiben gerichtet, in welchen er seiner Entrüstung darüber Ausdruck giebt, daß französische Blätter die jeder Begründung entbehrende Nachricht von angeblichen Zerwürfnissen zwischen ihm und dem italienischen Ministerpräsidenten Crispi verbreitet hätten.

Lisbon, Mittwoch 7. Januar. Der gegenwärtig hier tagende Arbeiterkongreß, an welchem etwa 300 Vertreter aller gewerkschaftlichen Syndikate theilnahmen, beschloß einstimmig, daß am 1. Mai d. J. nicht gearbeitet werde, daß vielmehr an diesem Tage Versammlungen zu Gunsten des achtstündigen Normalarbeitstages abzuhalten seien. — Das Journal „Opiniao" bezeichnet als wahrscheinlich, daß die Kortes aufgelöst würden, damit sich bei den Neuwahlen eine Majorität für die gegenwärtige Regierung bilden